

Nr. 9 märz/april 2009 Kostenlos – aber nicht umsonst! www.jugendzeitung.net jugend@graswurzel.net

NATO - Die Struktur des westlichen Militarismus

14.000 deutsche Polizisten und weitere Sicherheitskräfte sind im Einsatz, um die Jubiläumskonferenz der NATO von der Öffentlichkeit abzuschotten. Doch auch der größte Polizei-Einsatz, den Baden-Württemberg je erlebt hat, hält die Demonstranten nicht davon ab, gegen das Militärbündnis zu protestieren. Gründe gibt es schließlich genug: Angriffskriege, Atomwaffen-Option, Militarisierung des Innern,... Christoph Marischka von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) analysiert die Machenschaften der NATO. (utopia-Redaktion)

Die NATO (North Atlantic Treaty Organization, deutsch: Nordatlantikvertrag-Organisation) ist eigentlich keine internationale Organisation wie die Europäische Union oder die Vereinten Nationen, sondern ein Militärbündnis. In ihm sind 28 Staaten aus Europa und Nordamerika zusammengeschlossen. Zwar treffen sich die zivilen Vertreter der Außenministerien der beteiligten Länder regelmäßig und auch ab und zu deren Staats- und Regierungschefs. Doch die fortdauernde Arbeit des Bündnisses wird vom NATO-Militärausschuss durchgeführt. Dieser besteht aus hochrangigen Offizieren der Mitgliedsstaaten und gibt den Kurs der NATO vor.

Mission: Angriffskriege

So beschlossen die Regierungen der NATO-Staaten offiziell erst 1999, dass die NATO zukünftig weltweit auch Angriffskriege durchführen soll. 1992 bereits hatte die NATO ihre Militärverbände nach Bosnien verlegt, zwei Jahre später massive Luftschläge gegen die bosnischen Serben begonnen und 1999 hat die NATO ihren völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien gestartet. Zudem hatte die NATO bereits in zahlreichen Ländern des ehemaligen Ostblocks „Reformen des Verteidigungssektors" durchgeführt oder begleitet. Diese Reformen zielten darauf ab, die Armeen der „Partnerstaaten" auf ihre zukünftigen Aufgaben vorzubereiten - auf die Teilnahme an Angriffskriegen der NATO.

Auf eine gute Zusammenarbeit!

Die NATO feiert ihr 60-jähriges Bestehen.

EU und NATO: Gemeinsam für Militarisierung

In ähnlicher Weise unterstützte die NATO auch die Militarisierung der Europäischen Union (EU). Diese nahm konkret Gestalt an, als die EU 1999 erstmals einen „Hohen Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik" benannte: Javier Solana, der unmittelbar zuvor als Generalsekretär der NATO das höchste Amt des Militärbündnisses bekleidete. Der erste EU-Militäreinsatz 2003 in Mazedonien löste eine NATO-Mission ab und fand in enger Zusammenarbeit mit der NATO statt. Bis heute ist die EU bei größeren „Interventionen" auf die Hilfe der NATO angewiesen, beispielsweise bei dem Transport von Waffen und Soldaten. Diese Zusammenarbeit regelt das Berlin-Plus-Abkommen. Darin ist auch vorgeschrieben, dass das Oberkommando einer EU-Militärmission, die auf Strukturen der NATO zurückgreift, bei der NATO liegt.

NATO: Voraussetzung von Kriegen

Überhaupt sind fast alle westlichen Staaten, um einen Krieg gegen eine richtige Armee zu führen, auf die NATO angewiesen.

Fortsetzung nächste Seite

Kriegstreiber unter sich

Editorial

Viel Fantasie braucht man nicht, um die Schlagzeile der Zeitung mit den großen Buchstaben vorherzusagen: „Linke Chaoten stören NATO-Treffen!" Millionen Menschen wird dies eingetrichtert. Warum heißt es nicht einmal: „Rechte Kriegstreiber stören Friedens-Demonstrationen"? Auch diese Sichtweise wäre möglich. Aber der Krieg ist beim NATO-Gipfel nicht direkt zu sehen – stattdessen alte Herren im Anzug.
Tausende Kilometer entfernt sieht das anders aus: In Afghanistan führt die NATO seit Jahren Krieg. Der Hass auf die westlichen Besatzer wächst. In manchen Regionen Afghanistans hält jeder zweite Mensch Anschläge auf US- und NATO-Soldaten für gerechtfertigt. Aber davon wollen die feinen Herren in Straßburg und Kehl nichts wissen – sie kennen die Gegend höchstens von Staatsbesuchen und Veranstaltungen, die von westlichen Militärs organisiert werden.
Vielleicht ist ihnen die Situation der afghanischen Bevölkerung aber auch herzlich egal – die Kriegs-Ziele „Demokratisierung" und „Frieden" waren schließlich noch nie so richtig glaubwürdig. Und nun äußert der höchste NATO-Offizier Jaap de Hoop Scheffer öffentlich, dass es verstärkt um die „Freiheit nördlicher Seewege" und um „Energiesicherheit" gehen müsse. Da darf dann natürlich auch die Atombombe nicht fehlen – auch die will die NATO „vorbeugend" einsetzen.
Wenn es dann mal Proteste gibt, sind die Kriegsplaner ganz irritiert – wie bei der jährlich stattfindenden Sicherheitskonferenz in München. Da muss dann schon mal der Tagungs-Leiter Wolfgang Ischinger vor die Presse treten und erklären, die Konferenz sei „nun wirklich keine kriegstreiberische Jahresversammlung von Rüstungslobbyisten". Nun ja, es ist noch viel schlimmer:
Es ist eine kriegstreiberische Jahresversammlung von Politiker/innen, die auch noch direkt über Kriegseinsätze entscheiden können. Aber: Die Rüstungslobbyisten sind natürlich auch da.
Aber die Schlimmen sind natürlich immer die Chaoten von der Straße. Und wer das nicht glaubt, der sollte lieber die Zeitung mit den großen Buchstaben lesen und ganz sicher nicht eine Jugendzeitung, die keinen einzigen Cent für Werbeanzeigen der Rüstungsindustrie erhält.

Friedliche Grüße

Eure utopia-Redaktion



Hinter Gittern

Das Leben im Knast

„Das Gefängnis? Ein Hotel hinter Gittern, ein Leben in Saus und Braus!" Wer so denkt, kann noch nie in einem deutschen Knast gewesen sein.

Der Strafvollzug, so steht es im Gesetz, soll auch dem Schutz der Allgemeinheit dienen, (negative Spezialprävention), es geht also auch umsdem Wegsperren. Oberstes Ziel der Gefängnisstrafe ist nach Strafvollzugs- und Grundgesetz aber die Resozialisierung. Das bedeutet, dass die Gefangenen lernen sollen, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen. (positive Spezialprävention). Ob dieses Ziel durch den streng hierarchischen Aufbau des Gefängnisses und die absolute Kontrolle über die Gefangenen erreicht werden kann, ist nach kriminologischen Studien äußerst fraglich. Viele ehemalige Häftlinge werden nach der Entlassung wieder straffällig, die Rückfallquote kann bis zu 55% betragen.
Weit entfernt von jedem Leben in Freiheit bekommen die Gefangenen die Kontrolle der Institution Gefängnis zu spüren. Der komplett durchgeplante Tagesablauf fördert nicht gerade die Selbstständigkeit der Insass_innen: 5:58 Uhr Aufstehen, 6:00 Uhr Frühstück, 6:45 Uhr Arbeitsbeginn, 11:50 Uhr Mittagessen, 12:35 Uhr Ende der Mittagspause, und so weiter.
Theoretisch soll die Strafe nur in der Freiheitsentziehung liegen, praktisch werden die Gefangenen von ihrem sozialen Umfeld getrennt, der Kontakt zu Familie und Freund_innen wird in der Regel auf eine Stunde Besuchszeit im Monat beschränkt und die Privatsphäre der Gefangenen wird faktisch abgeschafft. Briefe, die ein- und ausgehen, können „aus Gründen der Behandlung oder der Sicherheit und Ordnung" vom Personal mitgelesen werden. Die Gefangenen dürfen nur zu bestimmten Zeiten mit bestimmten Leuten telefonieren, selbst angerufen werden können sie nicht.
Alle zu einer Freiheitsstrafe Verurteilten müssen 7,5 Stunden am Tag arbeiten - zu einem Lohn von ca. 1,43 Euro in der Stunde. Von dem erarbeiteten Geld stehen den Gefangenen nur drei Siebtel zur freien Verfügung, der Rest wird zwangsweise angespart für die Zeit nach der Entlassung (das so genannte Überbrückungsgeld). Nur die zu lebenslänglichen Strafen Verurteilten können über einen höheren Anteil ihres Lohns verfügen. Außerdem werden die Gefangenen immer öfter für den Unterhalt der Vollzugsanstalt und sogar für Stromkosten von Fernsehgeräten oder DVD-Playern herangezogen: Jedem „unangebrachten Anspruchsdenken" soll so entgegen gewirkt werden. Die Gefangenen, die in der Anstalt arbeiten, sind gerade mal unfall- und arbeitslosenversichert und bekommen die nötige medizinische Versorgung. Für Einzahlungen in die Rentenversicherung wird nicht gesorgt. Wer also im Alter von 60 oder 65 Jahren entlassen wird, hat zwar gearbeitet, aber keinen Rentenanspruch.
Im Knast gehen „Sicherheit und Ordnung" über alles, und selbst die normalsten Gegenstände stellen ein Risiko für die Institution dar: Ein Haartrockner oder eine Leselampe sind potentielle Waffen, ein Kanarienvogel würde die regelmäßige Zellenkontrolle erschweren (da der Futternapf ein potentielles Versteck darstellt), eigene Bettwäsche könnte Drogenverstecke in sich bergen, eine teure Armbanduhr den Schwarzmarkt fördern. Für alle persönlichen Gegenstände außer Fotos müssen daher Anträge gestellt werden, die oft abgelehnt werden.
Es ist sehr gut vorstellbar, wie Menschen durch lange Haftdauern jeder Fähigkeit beraubt werden, ein eigenständiges Leben in Freiheit zu führen. Vielmehr lernen sie im Knast, sich hierarchischen Strukturen zu unterwerfen, Selbstständigkeit aufzugeben und nicht aufzumucken. Ganz wie im Hotel also.



Foto: vnoel (http://flickr.com/photos/vnoel/)

Sophie Rotino (22) ist beim „Arbeitskreis kritischer JuristInnen" aktiv und schreibt auch für „Forum Recht".

Zu diesem Thema findet ihr außerdem einen Artikel des „Anarchist Black Cross Berlin" auf http://www.jugendzeitung.net

Fortsetzung von vorheriger Seite

Sogar die USA mussten für ihren Krieg gegen den Irak auf die Unterstützung durch NATO-Verbündete zurückgreifen. Selbst als größter Militärmacht der Welt wäre es den USA ohne die NATO unmöglich gewesen, diesen zweiten Krieg anzufangen, wenn die NATO nicht bis heute in Afghanistan die Führung über die mittlerweile 55.000 Soldaten übernommen hätte.
Auch die militärische Kontrolle der Weltmeere kann kein Land alleine erfüllen. Deshalb nutzt die NATO gegenwärtig die Angst der Menschen vor Piraterie (und die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus), um die Stationierung ihrer Flottenverbände an den wichtigsten Nadelöhren des Welthandels zu legitimieren.

Die NATO setzt auf Eskalation

Diese Beispiele machen eines klar: Die NATO lebt vom militärischen Konflikt. Insofern scheint es der inneren Logik von Institutionen zu folgen, dass die NATO Konflikte (militärisch) zur Eskalation bringt. Dazu trägt vor allem die Bereitschaft der NATO bei, Atomwaffen einzusetzen. Damit provoziert das Militärbündnis, dass die Staaten, welche sich von der NATO bedroht sehen, schnell Atomwaffen entwickeln wollen.
Ihre Argumentation: Nur wer selbst Atomwaffen entwickelt, kann sich vor dieser Drohung halbwegs schützen. Auch die Raketen, die die NATO in Osteuropa aufstellen möchte (Raketenschild), werden ein entsprechendes Wettrüsten in Gang setzen. Sie sind Teil einer Einkreisungsstrategie gegenüber Russland, die ebenfalls irgendwann zu eskalieren droht. Einen ersten Vorgeschmack hierfür haben wir letzten Sommer in Georgien erlebt, das sich vor dem Hintergrund einer anstehenden NATO-Mitgliedschaft traute, Russland militärisch zu provozieren. Russland reagierte daraufhin sehr aggressiv - erstens, um die NATO vom Eingreifen abzubringen, zweitens, da dies für Russland vielleicht die letzte Möglichkeit vor Georgiens NATO-Beitritt war, eigene Interessen direkt an der eigenen Grenze durchzusetzen.

Ausweitung der Einflussmöglichkeiten

Doch die Vorstellung, dass die NATO sich einfach auflösen würde, wenn es keine großen Kriege wie in Afghanistan und dem Irak und keine mächtigen Gegenspieler wie Russland gäbe, trifft leider nicht zu. Denn die NATO bemüht sich, auch unterhalb der Schwelle des internationalen Konfliktes, ihren Einfluss zu sichern. So will sie die Piraterie „bekämpfen“, obwohl das allenfalls eine polizeiliche (tatsächlich: eine sozialpolitische) Aufgabe ist. Darüber hinaus greift die NATO aber auch in die Grenzsicherung und den Katastrophenschutz ihrer Partner- und Mitgliedsstaaten ein. Dass die NATO die Militarisierung der „Inneren Sicherheit“ vorantreiben möchte, sieht man auch an den NATO-Aufklärungsflugzeuge AWACS, die im deutschen Geilenkirchen stationiert sind. Diese sind seit 2001 bei jedem „Großereignis“ - ob Fußballmeisterschaft, G8-Gipfel oder Papstbesuch - im Einsatz und mit Bundeswehrsoldaten bemannt. Auch über dem NATO-Jubiläumsgipfel Anfang April in Straßburg und Kehl werden sie kreisen. Dadurch werden wir uns aber vom Protestieren nicht abhalten lassen!

Christoph Marischka (29) ist Vorstandsmitglied der Informationsstelle Militarisierung (IMI).

Weitere Informationen:
http://www.imi-online.de
http://notonato.wordpress.com/

Die Informationsstelle Militarisierung (IMI) hat zusammen mit der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) eine 72-seitige Broschüre zur NATO erstellt, die auf der IMI-Website - www.imi-online.de - kostenlos gelesen oder gegen 2 Euro zzgl. Versand unter imi@imi-online.de bestellt werden kann.

Armee mit Nachwuchsproblem

Die Bundeswehr braucht für ihre weltweiten Militärinterventionen neue Soldatinnnen und Soldaten – die olivgrünen AnwerberInnen haben dabei vor allem Jugendliche und Kinder im Visier.

Die deutsche Armee muss jährlich etwa 20.000 neuen Rekrutinnen und Rekruten gewinnen um ihren „Bedarf“ an Nachwuchs zu decken – besonders an gut ausgebildeten AkademikerInnen fehlt es der Bundeswehr schon heute. Dieses Problem wird sich in Zukunft weiter verschärfen: Teile der Regierung wollen die Armee auch im Inland einsetzen und auch für die immer umfangreicheren Militäreinsätze im Ausland braucht die Bundeswehr neue SoldatInnen. Bei vielen jungen Menschen ist das Militär jedoch unbeliebt. Zur Bundeswehr zu gehen heißt, Befehlen gehorchen zu müssen und in gefährlichen, umstrittenen und oftmals nicht von der deutschen Bevölkerung befürworteten Militäreinsätzen das eigene Leben zu riskieren. Die Wirtschaft zum Beispiel bietet weitaus weniger riskante Berufe, die meist sogar besser bezahlt sind. Der fehlenden Beliebtheit begegnet die Bundeswehr mit unzähligen und immer aufwändigeren Rekrutierungsmaßnahmen: Offiziere besuchen Schulklassen; die Bundeswehr führt mehrtägige Jugendsportfeste durch; Werbe-Trucks der Armee bereisen das Land. Über 600 Rekrutierungsveranstaltungen führte die Bundeswehr im letzten Jahr durch.
Der friedliche Widerstand gegen die Anwerbeversuche der Olivgrünen hat in letzter Zeit erheblich zugenommen. Bundeswehr-Reklameeinsätze auf öffentlichen Plätzen wurden oft erfolgreich von AntimilitaristInnen gestört. Sie haben beispielsweise Konzerte der Bundeswehr-BigBand mit einem „Spiel mir das Lied vom Tod“-Transparent verziert: „Die Bundeswehr ist kein Musikverein, sondern eine Armee – daher protestieren wir gegen die Militärpropagandashow“, erklärte im vergangenem Sommer ein Friedensaktivist nach der Transparent-Aktion im westfälischen Rheine. Neben der allgemeinen Kritik an Gewalt und Militär ist es vor allem die Art der Darstellung, die FriedensaktivistInnen bei den Bundeswehr-Werbeveranstaltungen kritisieren. Negative Aspekte des Soldatenberufs – beispielsweise



Protestaktion bei einem Auftritt der Bundeswehr-BigBand. Foto: Michael Schulze von Glaßer

die Gesundheits- und Lebensgefahr beim Einsatz – werden ausgeblendet. Friedensgruppen werfen der deutschen Armee vor, die jungen Menschen regelrecht zu „ködern“ – bei Werbeauftritten in der Öffentlichkeit hat die Bundeswehr oft militärisches Gerät im Schlepptau, um vor allem junge, technikbegeisterte Menschen zu den Werbeständen zu locken. In einem bunten Online-Rekrutierungsportal warten Bundeswehr-Computerspiele, kostenlos bestellbare Poster und Gewinnspiele auf die jungen Menschen.
Die Bundeswehr betreibt heute einen enormen Aufwand, um neue SoldatInnen für ihre Militär-Missionen zu finden. Sachargumente hört man von den Militärs selten – stattdessen wirbt sie mit dumpfer Propaganda. Wer sich mit der Bundeswehr einlässt, muss damit rechnen, Menschen zu töten und nicht zuletzt auch selbst getötet zu werden – Befehl ist Befehl.

Michael Schulze von Glaßer

Michael Schulze von Glaßer (21) hat eine ausführlichen Studie zur Nachwuchsgewinnung der Bundeswehr verfasst, die unter http://www.jugendzeitung.net abgerufen werden kann.

Weitere Informationen:
http://www.bundeswehr-wegtreten.org

Konjunkturpaket Krieg

Wie deutsche Firmen Kriegsgerät in alle Welt exportieren

Egal wie es um die Wirtschaft steht, eine Branche boomt immer: Die Rüstungsindustrie. Die Bundesregierung redet dennoch nicht gern über die boomende Branche und versucht sie kleinzureden - in ihrem Bericht für das Jahr 2007 schreibt sie sogar, die Ausfuhr von Kriegswaffen sei um 15 Prozent zurückgegangen. Doch wie lautet ein altbekanntes Sprichwort: Traue keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast.
Wahr ist, dass der Wert der so genannten Einzelausfuhrgenehmigungen 2007 um rund 500 Millionen Euro zurückgegangen sind. Darunter versteht man den Export kompletter, fertiger Kriegsgeräte, wie zum Beispiel Panzer, aber auch kleinerer Waffen. Zu diesen Waffenexporten kommen allerdings noch die Exporte von einzelnen Komponenten, die für den Bau von Rüstungsgütern gebraucht werden. Für solche Exporte werden so genannte Sammelausfuhrgenehmigungen benötigt. Die sind 2007 um über 1,5 Milliarden Euro gestiegen. Der Wert der erteilten Ausfuhrgenehmigungen ist damit der zweithöchste in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und der höchste seit etwa zehn Jahren.

Deutschland mischt ganz vorne mit

Mit solchen Zahlen ist Deutschland nicht „irgendein“ Land, das Tötungsmaschinen exportiert. Die Bundesrepublik liegt vielmehr auf dem dritten Platz der wenig rühmlichen Weltrangliste der Rüstungsexporteure. Vor ihr liegen nur noch Russland und die USA. In dieser vom schwedischen Friedensforschungsinstitut SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute) veröffentlichten „Topliste“ werden zwar nur „Großwaffensysteme“ wie Panzer, Kriegsschiffe oder Flugzeuge beachtet. Allerdings ist auch die Menge an aus Deutschland exportierten Kleinwaffen, wie beispielsweise Maschinengewehren oder Granaten, insbesondere in so genannte Drittländer beachtlich. Als Drittländer werden Staaten außerhalb der EU und dem Kriegsbündnis NATO bezeichnet. So gelangen deutsche Waffen auch an internationale Konfliktherde und in Staaten mit miserabelsten Menschenrechtssituationen. Darunter sind zum Beispiel Länder wie Pakistan, Georgien, Jemen, oder Thailand. Laut dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz sind rund 95 Prozent aller Opfer in den heutigen Kriegen auf solche Kleinwaffen zurückzuführen.
In den Richtlinien für den Export von Rüstungsgütern aus dem Jahr 2000 verpflichtet sich die Bundesregierung, bei der Ausfuhr von Waffen ein besonderes Augenmerk auf die Menschenrechtssituation im „Bestimmungs- und Endverbleibsland“ zu legen. Beachtung schenkt sie diesen eigenen Richtlinien offenbar nicht. Wie sonst ist es zu erklären, dass beispielsweise Pakistan und Indien mit deutschen Waffen beliefert werden. Der schon lange andauernde Konflikt zwischen den beiden Staaten drohte in den letzten Jahren zu eskalieren und ist von andauernden Menschenrechtsverletzungen geprägt. Ähnliche Situationen finden sich bei vielen „Kunden“ der deutschen Rüstungsindustrie wieder. Solche Ausfuhrgenehmigungen werden nicht öffentlich vergeben, nicht einmal unter Einbeziehung der Oppositionsparteien im Bundestag. Denn im so genannten Bundessicherheitsrat, der solche tödlichen Entscheidungen trifft, sitzen lediglich Vertreter der Bundesregierung.
Der Antrieb des Exports und damit der Konjunktur scheint wichtiger zu sein als die Demokratie und der Tod von Menschen durch deutsche Waffen in den Krisen- und Kriegsregionen der Welt.

Felix Huesmann

Weitere Informationen: http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden



Zeichnung: d.dasari

Kampf für ein soziales Zentrum: „Wir wollen die Chance, sich frei zu entwickeln“

Hausbesetzungen – gab’s die nicht früher in den wilden Zeiten der Student/innen-Bewegung? Das stimmt, doch auch heute noch werden Häuser besetzt – zum Beispiel das „Versetzt“ in Münster. Bislang befindet sich dort ein alternatives Ladenlokal, doch das Gebäude soll nun abgerissen werden. utopia sprach mit einem der Besetzer/innen.

utopia: Ihr besetzt das Versetzt jetzt seit Anfang des Jahres. Warum?

Arthur: Wir haben zwei Forderungen: Zum einen sollen Sozialwohnungen erhalten werden - vor allem im Innenstadtbereich. Zum andern wollen wir ein soziales Zentrum für Münster. Diese Forderung besteht übrigens schon seit Ewigkeiten.
Und es hat sich nichts getan?
Wir waren immer offen für Verhandlungen, wir wollten auch mit den Parteien reden, aber die Politikerinnen und Politiker sind darauf überhaupt nicht eingegangen. Deswegen besetzen wir jetzt das Haus.

Aber ist das eine langfristige Lösung?

Die Besetzung soll in erster Linie Öffentlichkeit schaffen und unseren Forderungen mehr Nachdruck verleihen. Im Grunde ist die Besetzung nur eine Rettungsaktion, um nicht unterzugehen und vergessen zu werden.

Wer rettet denn das Versetzt? Sind das alles Studentinnen und Studenten bei euch?

Nein, das ist kein rein studentisches Ding. Bei uns machen ganz viele mit: Studierende, Obdachlose, Schülerinnen, Arbeitslose, da vereinigt sich alles.

Gibt es da nicht manchmal Streit?

Natürlich gibt es hin und wieder Konflikte. Persönliche Streitereien müssen privat geklärt werden. Bei organisatorischen Probleme und solchen, die das Zusammenleben betreffen, sieht das anders aus: Je nach Wichtigkeit werden die Fragen dann auch ins tägliche Plenum getragen, um sie dort mit der Gruppe auszudiskutieren und zu klären.

Das heißt, es gibt eine feste Gruppe von Leuten, die über längere Zeit im Versetzt wohnen. Aber wie sieht es mit dem Kontakt nach außen aus? Kommen viele Leute vorbei, um sich das Versetzt anzuschauen? Oder sind die eher abgeschreckt?

Die meisten Leute kommen zu den Veranstaltungen, die wir abends anbieten. Viele sind neugierig und stellen Fragen. Abgeschreckt haben wir aber hoffentlich niemanden. Die Leute sind eher unsicher.

Nehmen wir an, ihr könntet das Versetzt wirklich halten. Wie sähe dann in Zukunft das soziale Zentrum aus?

Also, ich stell mir das so vor, dass es viel Platz bietet, wo ganz unterschiedliche Gruppen arbeiten können - zum Beispiel politische Initiativen. Wir wollen aber auch Räume für Künstlerinnen und Künstler zur Verfügung stellen. Dort können sie ihre Kunst ausstellen, ohne dafür teure Miete zahlen zu müssen. Ein soziales Zentrum ist einfach ein Ort zum Treffen, sich Unterhalten und Arbeiten. Und das unkommerziell. Denn das ist ja das Wichtigste daran, dass man wirklich die Chance hat, sich frei zu entwickeln. Durch den kommerziellen Weg ist man nämlich immer an irgendwelche Sachzwänge gebunden.

Interview: Ana Mari M.

Arthur (25) war schon bei mehreren Hausbesetzungen dabei. Ana Mari M. (16) würde sich über ein soziales Zentrum in Münster freuen.



Das „Versetzt“ in Münster. Foto: Michael Schulze von Glaßer



Philippinen: Menschenrechtsverletzungen statt Landreform

Philippinische Farmer und Farmerinnen protestieren gegen das "Massaker" an der Agrarreform.

Übergriffe, Bedrohungen, Morde und rechtliche Schikanierungen – das müssen etliche Bauern und Bäuerinnen auf der Halbinsel Bondoc in den Philippinen erleiden. Der Grund: Sie setzen sich für ihr Recht auf ein eigenes Stück Land ein. David W. versucht durch seine Mitarbeit bei der Organisation IPON durch internationale Menschenrechtsbeobachtung Sicherheit zu gewährleisten. Nachdem in der graswurzelrevolution 336 bereits ein Artikel zum Thema erschienen ist, berichtet er von den Philippinen für die utopia.

Viele Probleme der philippinischen Landwirte und Landwirtinnen haben ihren Ursprung in der Frage nach der Landverteilung, die sich quer durch die philippinische Geschichte zieht. Seit der Kolonialzeit befindet sich ein Großteil der landwirtschaftlichen Flächen in der Hand weniger wechselnder Großgrundbesitzer und -besitzerinnen, die sich heute teilweise bis zu 60 Prozent der von den Pächtern und Pächterinnen erarbeiteten Ernte einstecken.
Vor über 20 Jahren ist ein Landumverteilungsprogramm, das Comprehensive Agrarian Reform Programm (CARP), in Kraft getreten, das im wesentlichen besagt, dass Großgrundbesitzer und -besitzerinnen, die so genannten Landlords, Teile ihres Landes abgeben müssen. Letztes Jahr ist das Programm ausgelaufen, wurde jedoch inzwischen zweimal um sechs Monate verlängert. Bei der letzten Verlängerung gab es jedoch eine „kleine“ Änderung: Die Landlords können nicht mehr gezwungen werden, ihr Land abzugeben. Kritiker und Kritikerinnen sehen darin eine faktische Abschaffung der Agrarreform, die Verfassungsstatus hat. Dabei sei die Landumverteilung in den letzten 20 Jahren keineswegs ausreichend umgesetzt worden.

Das liegt zum einen an Einschüchterungen gegenüber Antragsstellerinnen und Antragsstellern, zum anderen an zahlreiche Lücken im Gesetz, die die Landlords nutzen, um ihr Land zu verteidigen. So können sie beispielsweise Teile des Landes an Familienangehörige übertragen oder es als Weidefläche ausgeben, um es dem Reformprogramm zu entziehen. Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass das Land nicht kostenfrei umverteilt wird, sondern die Kleinbauern- und bäuerinnen dafür zahlen müssen.
Die Kritikpunkte spalten die philippinische Linke: Während die Einen, die sogenannten Radikaldemokraten und -demokratinnen, versuchen das Programm so gut es geht zu nutzen, lehnen die Anderen, insbesondere die kommunistische Miliz „New Peopels Army“ (NPA) und ihr ziviler Arm, die „National Democratic Front“ (NDF), das Gesetz prinzipiell ab. Das geht soweit, dass Bäuerinnen und Bauern, die die Agrarreform nutzen wollen, von der NPA eingeschüchtert und angegriffen werden.
Auf der Halbinsel Bondoc wird sogar vermutet, dass die NPA mit den Landlords und ihren Mitarbeitern, den Goons, zusammenarbeitet, um Antragssteller und -stellerinnen zu bekämpfen. Der Verdacht ist, dass die Landlords der Guerilla die sogenannte „Revolutionssteuer“ zahlen, und diese im Gegenzug Einschüchterungsversuche unternimmt und Anschläge verübt. Erst Anfang letzten Jahres wurde ein Bauernführer, der sich für die Umsetzung des CARPs eingesetzt hat, von einem mutmaßlichen NPA-Mitglied entführt, gefoltert und ermordet.
In diesem und in anderen Fällen wird das International Peace Observers Network (IPON) aus Deutschland aktiv. Die Mitarbeiter beobachten Fälle, dokumentieren diese und leiten Informationen an staatliche Stellen sowie an die nationale und internationale Öffentlichkeit weiter. Im Fall des ermordeten Bauernführers ist IPONs Hauptanliegen, dass der philippinische Staat, seinen menschenrechtlichen Pflichten nachgeht, und deshalb ausreichend nach den Tätern oder Täterinnen sowie nach potenziellen Auftraggebern oder -geberinnen ermittelt sowie der Familie des Ermordeten ein Zeugenschutzprogramm ermöglicht.
Durch das Zeigen von Präsenz und das Begleiten von Bauern und Bäuerinnen zu Treffen, Gerichtsverhandlungen oder Demonstrationen, wird außerdem versucht, Menschenrechtsverletzungen vorzubeugen.
Um auch in Zukunft einen Beitrag zur Verbesserung der Menschenrechtssituation auf den Philippinen leisten zu können sucht IPON noch für dieses Jahr Freiwillige, die für sechs Monate oder länger auf die Philippinen reisen wollen.

David W., Mulanay (Philippinen)

Der Blog von David und seinem Team:
http://menschenrechtsbeobachtung.wordpress.com
Das International Peace Observers Network:
http://www.ipon-philippines.org

Impressum

Impressum Utopia Nr. 9

utopia herrschaftslos – gewaltfrei,
Nr. 9, märz/april 2009
www.jugendzeitung.net jugend@graswurzel.net,
www.myspace.com/jugendzeitung
Layout: BRiB

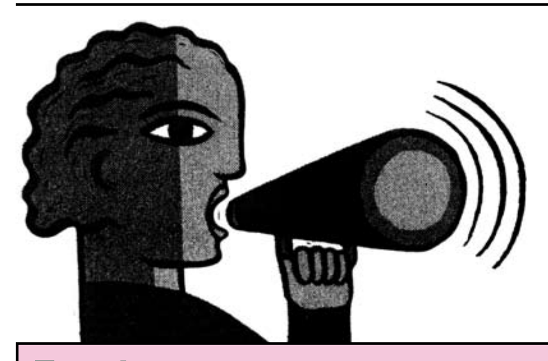
Auflage: 25.000.

utopia *wird von Jugendlichen für Jugendliche gemacht. Sie erscheint alle zwei Monate, separat und als Beilage der Monatszeitung Graswurzelrevolution.* **utopia** *kann und soll kostenlos z.B. auf Demos, in Schulen, Unis, Jugendtreffs usw. verteilt werden. Spenden sind erwünscht.*
utopia Nr.10 erscheint Ende April 2009.
Verlag Graswurzelrevolution e.V.: Sitz Heidelberg. Redaktion Graswurzelrevolution: Breul 43, 48143 Münster, Tel. 0251/48290-57, Fax: -32, redaktion@graswurzel.net. GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11 Str. 24, D-53947 Nettersheim. Verantwortlich sind im Grunde alle, doch im Sinne des Presserechts ist dies: Michael Schulze von Glaßer, c/o GWR-Red. Münster. www.graswurzel.net



utopia *ist eine Zeitung zum Mitmachen. Bei uns können junge Menschen Artikel schreiben über Themen, die sie interessieren. Bei uns kannst du dein Schreibtalent unter Beweis stellen, nette Menschen kennen lernen, dich am Layout beteiligen, deine Ideen einbringen. Genauso suchen wir noch Leute, die* **utopias** *unter die Leute bringen. Gehst du auf Demos? Oder du machst Veranstaltungen? Wir schicken dir gerne einige Exemplare zu!*
Wir warten auf deine Mail: jugend@graswurzel.net

Anzeigen



Termine

***02.-08.03.2009*, bundesweit**: Aktionswoche „FingeRWEg von Belene“ gegen das AKW in Bulgarien, http://www.urgewald.de
***05.-08.03.2009*, Berlin**: Linke Medienakademie, http://www.linke-medienakademie.de
***06.-08.03.2009*, Berlin**: „Kapitalismus am Ende?“ Kongress von attac, http://www.attac.de/kapikon
***18.03.2009*, bundesweit**: Tag der politischen Gefangenen, http://www.18maerz.de
***20.-22.03.2009*, bundesweit**: „MeatOut“ – Aktionen gegen Fleischkonsum, http://www.meatout.de
***27.03.2009*, Berlin**: Anarchie und Spiritualität, Selbstbestimmtes Leben als Therapieform, http://www.bibliothekderfreien.de
***28.03.2009*, Frankfurt/Main** und **Berlin**: Demos für eine andere Weltwirtschaftsordnung, http://www.28maerz.de
***28.03.2009*, Dortmund**: Demo anlässlich des Jahrestags des Nazi-Mords an „Schmuddel“, http://www.antifa-nrw.de
***10.-13.04.2009*, Berlin**: Anarchistischer Kongress, http://www.akongress.org
***24.04.2009*, Berlin**: Wie sich Völker bilden
Not und Gemeinschaft in der anarchistischen Theorie des 20. Jahrhunderts, http://www.bibliothekderfreien.de
***24.-26.04.2009*, Berlin**: McPlanet-Kongress zu Macht und Märkten unter dem Motto „Game over – Neustart“, http://www.mcplanet.com
***26.04.2009*, bundesweit**: Tschernobyl-Jahrestag

Anti-NATO Aktivitäten

***14.3.2009*, Freiburg**: Veteranen des Irak- und des Afghanistankrieges aus den US-amerikanischen, deutschen und britischen Streitkräften berichten über ihre Erlebnisse in Irak und Afghanistan. Hearing von 10 bis 19 Uhr im Café Velo, Wentzinger Straße 15
***14.3.2009*, bundesweit**: Aktionstag gegen DHL, http://dhl.blogsport.de
***01.04.2009*, Straßburg**: Camp wird eröffnet
02.04.2009, Aktionstag gegen Flüchtlingsabwehr (dezentral)
Aktionen gegen den G20-Gipfel in London (dezentral)
03.04.2009, NATO-Gipfel beginnt.
Nachmittag: Außenministertreffen
Abends: NATO-Gala (Kurhaus Casino in Baden-Baden)
Internationaler Friedenskongress beginnt (Straßburg)
Friedenslok fährt in NRW ab; Dezentrale Aktionen
04.40.2009, Treffen des Nordatlantikrats
Vormittags: Ostermarsch von Kehl nach Straßburg, dezentrale Aktionen. Ab 13:00 Internationale Großdemonstration in Straßburg
05.04.2009, Internationaler Friedenskongress

http://notonato.wordpress.com

Kampagnen

Kampagne **„Atomkraft jetzt abschalten“**: http://www.atomkraft-abschalten.de
Kampagne gegen den **Überwachungsstaat**: http://www.safer-privacy.de
Kampagne gegen **Kohlekraft**: http://www.zukunftstattkohle.de
Kampagne gegen den **Afghanistan-Krieg**: http://www.afghanistankampagne.de
Kampagne für die **Abschaffung von Atomwaffen**: http://www.atomwaffenfrei.de
Kampagne **„save me - Flüchtlinge aufnehmen!“**: http://www.save-me-kampagne.de
Kampagne **„Das Casino schließen! Finanzmärkte kontrollieren - jetzt!“**: http://www.casino-schliessen.de
Kampagne **„Milliardenhilfe - Schulden? Zahlt der Staat!“**: http://www.milliardenhilfe.de

Manege frei?

Zirkus: Nicht für alle ein Vergnügen

Wenn im Frühling wieder große bunte Plakate mit Zeichnungen von waghalsigen Artisten, lustigen Clowns und exotischen Tieren an den Straßenschildern hängen, und auf dem Marktplatz ein großes Zelt mit einem Tross von Wägen und LKWs steht, dann ist der Zirkus in der Stadt.
Doch den wenigsten Besuchern ist bewusst, welches Dasein Tiere im Zirkus fristen müssen, wenn der Vorhang fällt. In Käfigen eingepfercht verharren sie, bis sie für die wenigen Minuten des Auftritts oder zur „Dressur“ in die Manege kommen. So wiederholt es sich von einem Auftrittsort zum nächsten.

Hinter den Kulissen

Tiere im Zirkus haben keine Möglichkeit ihre natürlichen und angeborenen Verhaltensweisen und Bedürfnisse auszuleben. In Freiheit legen Tiger an einem Tag bis zu 65 Kilometer zurück; afrikanische Elefanten kommen immerhin auf zwölf Kilometer. Im Zirkus sieht das anders aus: Viele Tiere in Gefangenschaft entwickeln so genannte Automatismen – monotone Bewegungen, die durch Beschäftigungslosigkeit, Stress und Frustration entstehen. Verhaltensstörungen sind an der Tagesordnung.
In den „Kunststücken“ müssen die Tiere oft Verhalten zeigen, die in der Natur eigentlich nicht vorkommen - wenn etwa ein Tiger durch einen brennenden Reifen springt oder ein Affe auf Pferden reitet.
Um die Tiere zu solchen Bewegungen zu führen, werden Verhaltensweisen ausgenutzt, zu denen die Tiere sonst nur in Extremsituationen fähig sind. Während sie in der freien Wildbahn so auf eine Gefahr oder Bedrohung reagieren, haben die Tiere im Zirkus Angst vor Schmerzen, Futterentzug oder Trennung von anderen Tieren. Als Methode der Dressur gilt das Prinzip „Strafe und Belohnung“. Dem können sich die Tiere während der gesamten Gefangenschaft nicht entziehen.
Elektroschockgeräte, Metallhaken und Medikamente werden genutzt um die Tiere gefügig zu machen und den Dompteuren zu unterwerfen. Dabei genügt in der Aufführung die Angst vor dem Knall der Peitsche. Dem Tier signalisiert das die bevorstehende Strafe.

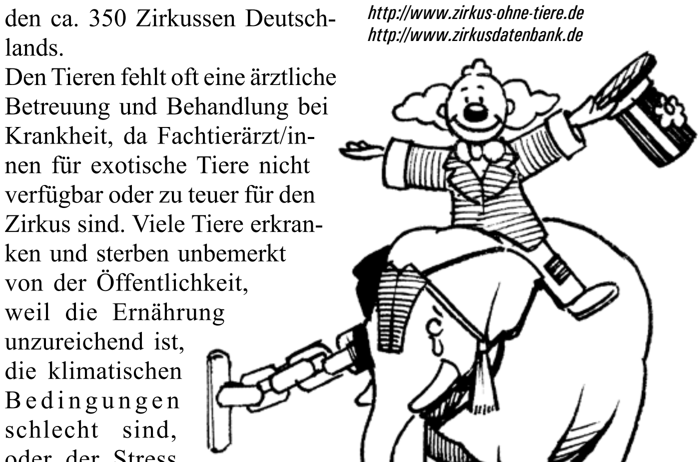
Wildtierverbot

Während die Zirkus-Haltung von so genannten Wildtieren in Dänemark, Finnland, Österreich und Schweden per Gesetz verboten ist, dürfen Zirkusse in Deutschland noch immer alle Tierarten mitführen. Seit 2003 gibt es zwar die Forderung des Bundesrats, ein bundesweites Haltungsverbot für Wildtiere einzuführen – Ausnahmen sollen erlaubt sein - , aber die Umsetzung lässt bis heute auf sich warten – zum Leiden der Tiere in den ca. 350 Zirkussen Deutschlands.
Den Tieren fehlt oft eine ärztliche Betreuung und Behandlung bei Krankheit, da Fachtierärzt/innen für exotische Tiere nicht verfügbar oder zu teuer für den Zirkus sind. Viele Tiere erkranken und sterben unbemerkt von der Öffentlichkeit, weil die Ernährung unzureichend ist, die klimatischen Bedingungen schlecht sind, oder der Stress der Transporte zu hoch ist.
Ein trauriges Ende für die Stars der Manege.

Jedoch haben einige Zirkusse bereits erkannt, dass Tiere nicht in die Manege gehören und setzen auf menschliche Unterhaltungsformen. Wer gegen das Leiden der Tiere ein Zeichen setzen will, sollte Zirkusse mit Tieren boykottieren und versuchen, andere Menschen davon zu überzeugen, dies ebenfalls zu tun. Artgerecht ist und bleibt für die Tiere nur ein Leben in Freiheit.

Emmanuel Goldstein

http://www.zirkus-ohne-tiere.de
http://www.zirkusdatenbank.de



Qualvoller Weg in den Tod

Millionen von Tieren leiden unter schlechten Transportbedingungen. Alles nur für die Profite der Fleischindustrie.

Acht Tage Fahrt bis in den Libanon, in einem zugigen Anhänger, dicht gepresst an einen im Sterben liegenden Artgenossen und im eigenen Kot stehend: Das haben die meisten Bullen noch vor sich, wenn sie in den Tiertransport-Lkw über deutsche Autobahnen fahren.
Pferde, die von Osteuropa nach Süditalien verbracht werden, sind fünf Tage unterwegs; viele von ihnen mit unerträglichen Schmerzen, da sie sich während des Transportes Knochen brechen. Schafe werden in vier Tagen von Portugal nach Griechenland gefahren, manche tragend oder gebärend, oft ohne Wasser- und Nahrungsversorgung.
Mehr als 360 Millionen Tiere werden jedes Jahr unter den grausamsten Bedingungen quer durch Europa ihrem Tod entgegen transportiert. Geflügel ist dabei noch gar nicht eingerechnet. Egal welche Tierart sie betreffen, diesen Transporten ist vieles gemein: Die Tiere sind maßloser Qual, Todesangst und unvorstellbarem Leid ausgesetzt, sie befinden sich auf dem Weg zum Schlachthof, und die Bedingungen ihrer Fahrt bestimmen sich nur nach einem Maßstab: Dem Profit, der aus ihren Körpern zu schlagen ist, beziehungsweise der möglichst kostensparenden Verbringung zu Orten, an denen das Schlachten ein wenig günstiger ist als in dem Land, in dem die Tiere aufgezogen und gemästet wurden.

Fleischkonsum als Ursache

Der Schlachttransport steht am Ende der langen Fleischproduktions-Kette. Die Tiere kommen aus Massentierhaltung, haben teilweise in ihrem ganzen Leben noch nie das Tageslicht gesehen. Meist konnten sie grundlegendste Bedürfnisse wie ausreichend Schlaf und Ruhe nicht befriedigen. „Vieh“ ist eine Ware – in den Augen der Händlerinnen und Händler handelt es sich nicht um schützenswerte Lebewesen, die unseren Respekt verdienen, sondern um bloße Sachen, die möglichst billig eingekauft, verarbeitet und mit möglichst viel Gewinn weiterverkauft werden müssen.
In nordafrikanischen, süd- oder osteuropäischen Ländern ist das Schlachten oft weitaus preiswerter als auf Schlachthöfen zum Beispiel in Deutschland – nicht zuletzt aufgrund der niedrigeren Löhne für die Angestellten. Das ist aber nur ein Grund, weshalb „Schlachtvieh“ oft tagelang herumgefahren wird, bis es getötet wird. Eine Rolle spielen auch die geringeren Tierschutzstandards in den südlicher gelegenen Ländern und die Tatsache, dass die Transporte dort seltener kontrolliert werden.
Zwar gilt innerhalb Deutschlands für die Transporte eine Höchstdauer von acht Stunden, außerhalb des Landes gibt es aber (bei Einhaltung von Zwischenstopps) meist keine zeitliche Beschränkung – teilweise sind regelmäßige Zwischenstopps verpflichtend. Die EU-Regelungen fordern zwar Mindeststandards, was Anzahl der Tiere, Wasserversorgung oder Maße der Fahrzeuge angeht, diese sind aber keinesfalls tierfreundlich.
Ganz offensichtlich können sich die Politikerinnen und Politiker nicht dazu durchringen, eine Regelung zu treffen, die den Schutz der Tiere in den Vordergrund stellt und sich nicht an den Gewinninteressen der Transportunternehmen orientiert. Bis 2005 wurde die Ausfuhr von Rindern wegen der Überproduktion in Europa sogar noch finanziell unterstützt!
Dafür kann jede/r selbst aktiv werden: Wer nicht ganz auf Fleisch verzichten will, kann es zumindest beim örtlichen Biohof kaufen, der die Tiere meist in der Region schlachten lässt. Dennoch: Wenn wir gar kein Fleisch mehr essen, müssen auch keine Tiere mehr die grausamen Transporte erleiden. Und man kann andere Menschen darüber informieren, was für eine „Reise“ ihr Steak schon hinter sich hat – zum Beispiel durch Aktionen am 1. Juli, dem Tag gegen Tiertransporte.

Ani K. (20) isst schon seit langem kein Fleisch mehr.

Vegan? Lecker lecker!

„Vegan lecker lecker!“ - so heißt das erste vegane Kochbuch aus dem Hause compassion media. Erkennbar am knallig grünen Cover mit dem Vegan-Hasen. Auffällig ist auch die Ringlochung des Buches, die sich beim Zubereiten der Speisen als sehr hilfreich erweist: So können sich die Seiten nicht mehr selbstständig machen.
Schon bei den ersten Rezepten fallen die vielen Fotos ins Auge und man bekommt schnell Appetit auf die 80 verschiedenen Speisen. Aber aufgepasst: Es sind nicht 100 Gerichte, wie auf dem Bucheinband steht. Als Entschädigung für die 20 verpassten Speisen gibt es eine kurze Definition der veganen Lebensweise und einen Kommentar der VerfasserInnen.
Dieses Kochbuch punktet vor allem durch die genauen Mengen- und Zeitangaben zu jedem Gericht. Auch die Beschreibungen der wichtigsten Zutaten und Küchenutensilien werden für Neu- oder FastveganerInnen sehr hilfreich sein. Nicht nur deswegen ist das Geld in das Buch gut investiert: Durch die Verwendung spart man echtes Geld, da beinahe alle Zutaten in jedem Supermarkt erhältlich sind - aus der Reihe tanzen Zutaten wie Seidentofu, Seitan und Tempeh, die fast nur in gut sortierten Biomärkten zu finden sind.

Dieses Kochbuch richtet sich vor allem an neue VeganerInnen und an Menschen, die mit dem Gedanken spielen, vegan zu leben. Insbesondere die ersten Rezepte für Hefeschmelz, Sojanaise und Co erweisen sich hier als sehr hilfreich. Aber auch langjährige VeganerInnen können sich neben den veganen Basics noch an Hauptgerichten, kleinen Gerichten und Beilagen, Kuchen & Süßem, Salaten und Rohkost, Brot und an Brotaufstrichen und Dips erfreuen.
Eine gut gelungene Rezeptsammlung, zu der es im deutschsprachigen Raum bislang keine vergleichbare gibt.

Maren W.

Vegan lecker lecker! - Marc Pierschel et al. Compassion Media
ISBN 978-3-00-026420-7

